Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 71

Donnerstag, 11. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreis: Bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Rabattabzug u. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Dietsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1050 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Schärfste russische Kritik an Tardieus These

Belgien im Schatten Frankreichs

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 11. Febr. Das eisige Schweigen, mit dem Rußlands Vertreter Litwinow empfangen wurde, als er nach dem Belgier Hymans die Rednertribüne bestieg, war für die noch immer ungeklärte und umstrittene Stellung bezeichnend, die der Sowjetstaat auf internationalen Konferenzen einnimmt. Litwinow sprach in seinem hastigen, schwerverständlichen aber fließenden Englisch, das früher schon einmal einen Engländer veranlaßt hatte, ironisch eine Uebersetzung zu verlangen. Aber auch durch die Länge seiner Rede nahm der Russe die Geduld des Kongresses in Anspruch: sie war etwa das Doppelte der üblichen großen Reden.

Mit großer Weitschweifigkeit, in auffallend gemäßigter Form, aber doch mit besonderer Deutlichkeit wurde der sowjetrussische Abrüstungsstandpunkt entwickelt, gewürzt durch etwas bolschewistische Propaganda und allgemeine politische Betrachtungen, die zum Teil eine besondere Beachtung fordern.

Rußland verlangt die totale allgemeine Abrüstung aller Völker als einziges Mittel, einen neuen großen Krieg wirklich zu verhindern, der Litwinow sonst als eine immer stärker werdende Drohung erscheint.

Wer garantiert, ruft der Russe aus, daß der Krieg im Fernen Osten lokalisiert bleibt, daß sich nicht schließlich ein großer Brand an ihm entzündet? Dann beschäftigt sich Litwinow lang und breit mit all den anderen Vorschlägen zur Kriegsverhinderung oder zur Rüstungsbeschränkung. In aller Ausführlichkeit zeigt er mit beißender Ironie, aber völlig unwiderleglich die Wirklichkeit der französischen Vorschläge, ihre praktischen Widersprüche und ihre eigentlichen Ziele. Wenn man sich auf sie verlasse, würde eine ganze Anzahl neuer Konferenzen nötig, um auch nur die Vorfragen zu klären, und Jahre würden vergehen, ehe man wieder von Abrüstung sprechen könne. Er machte den klugen Einwand, daß die doch verhältnismäßig schwache und uneinige Exekutionsarmee des Völkerbundes von allen Staaten bei ihren Rüstungsprogrammen im voraus mit einkalkuliert und dadurch schon zwecklos sein würde. Nicht weniger treffend sind seine Bemerkungen über die praktische Unmöglichkeit, den Angreifer rechtzeitig und in wirklich gerechter Weise zu bestimmen. Solle man beide Parteien bombardieren, um ihn dann sicher auch mit zu treffen?

Die internationale Armee werde nur zu leicht im Interesse des Staates eingesetzt werden, der sich durch sein Allianzsystem die Vorherrschaft im internationalen Organismus verschafft habe. Das ist klar.

Wichtig ist weiter, daß der Vertreter Rußlands es ganz klar macht, daß die vorgeschlagenen Rüstungsbeschränkungen weder gleiche Sicherheit schaffen noch die Kriegsmöglichkeiten verringern können. Er weist auf die angebliche besondere Bedrohung Rußlands hin, das nur seinem friedlichen Aufbau lebe und nicht daran denke, sich in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Viele der hier anwesenden Staaten unterhielten nicht einmal diplomatische Beziehungen mit Rußland.

Eine internationale Armee würde vom russischen Arbeiter daher als Bedrohung empfunden werden.

Interessant sind dann Litwinows Aeußerungen über das von Rußland vorgeschlagene System der Nichtangriffspakte. Er hält sie eher für einen Prüfstein für die Gesinnung und Friedensliebe der einzelnen Staaten als für eine wirkliche Sicherung gegen Kriege. Dabei fallen einige ungnädige Worte über die Staaten, die hier immer noch verzögern und verschleppen, womit vor allem wohl Rumänien gemeint ist.

Ueberraschenderweise legt Litwinow dann noch Einzelvorschläge über eine Teilabrüstung auf den Tisch, die er zwar für ungenügend hält, durch die Rußland aber zeigen wolle, daß es den Realitäten Rechnung trage und praktische Arbeit leisten wolle.

Sie umfassen das völlige Verbot der aggressiven Rüstungskategorien, insbesondere

1. Panzerwagen und schwere, weittragende Artillerie,
2. Schiffe mit über 10 000 Tonnen Wasserverdrängung,
3. Schiffsartillerie mit einem Kaliber mit über 12 Zoll,
4. Flugzeugmutterschiffe,
5. Militärluftschiffe,
6. schwere Bombenflugzeuge, alle lagernden Fliegerbomben und alle durch Luftfahrzeuge zu befördernden Zerstörungsmittel,
7. alle Apparate und Vorrichtungen zum Angriff mit chemischen, bakteriologischen oder Brandwerkzeugen.

Die russischen Vorschläge entsprechen im wesentlichen den früheren russischen Vorschlägen auf der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz.

Erfreulich ist es weiter, daß der Russe

den Konventionsentwurf von 1930 als ganz ungenügend

bezeichnete und daß er bei der späteren Rüstungsfestsetzung eine besondere Berücksichtigung der schwachen und bedrohten Länder fordert. Der Schluß ist reine Sowjetpropaganda, für den heimischen Gebrauch bestimmt.

Als Litwinow endlich seine Rede beendet hat, erhebt sich zögernder und schwacher Beifall. Der einzige, der ihm die Hand schüttelt, ist Deutschlands Vertreter, Nadolny.

Die vorangegangene Rede des Belgiers Hymans war ein etwas dünnerer Aufguß der Rede Tardieus, aus dem aber zu ersehen war, daß Belgien nicht so ganz mit dem Herzen bei der Sache ist und sich in seiner geographischen Lage zwischen England und Frankreich dabei doch etwas ungemütlich fühlt. Das trifft auf den Franzosling Hymans persönlich allerdings nicht zu, aber doch wohl auf gewisse Teile der belgischen Regierung, die auf die Rede Einfluß genommen haben.

Immerhin verlangt auch Hymans Sanktionen gegen Angreifer und leistet sich versteckte Angriffe gegen die nationale Bewegung in Deutschland.

Schweden verlangt Abrüstung auf ein Mindestmaß

Genf, 11. Februar. Der schwedische Außenminister Baron Ramel erklärte in seiner Rede vor der Abrüstungskonferenz, daß die schwedische Regierung den Abkommensentwurf des Abrüstungsausschusses nur als Verhandlungsgrundlage annehme, daß

der Entwurf jedoch wesentliche Faktoren der Rüstungen nicht erfasse. Insbesondere fehle die Erfassung der ausgebildeten Reserven.

Die schwedische Regierung verlange die Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß, insbesondere eine wesentliche Verminderung der aktiven Truppenbestände. Die Methode der Herabsetzung der Heeresausgaben sei ungenügend. Man müsse jetzt zu einer unmittelbaren Verminderung der Rüstungsbestände schreiten. Ferner müsse unbedingt das gesamte aktive und lagernde Kriegsmaterial von der Herabsetzung erfaßt werden. Die schwedische Regierung trete weiterhin für eine Abschaffung der Luft- und der chemischen Waffe ein.

Die „Times" für ein Wiederaufrüstungsverbot für Deutschland

London, 11. Febr. Die „Times" veröffentlicht einen Leitartikel, in dem es heißt, daß der eigentliche Zweck der Abrüstungskonferenz der sei, eine Wiederaufrüstung zu verhindern. Europa könne einen neuen niedrigen Rüstungsstand auf Grund allgemeiner Uebereinstimmung schaffen, der von der Welt zu verbürgen sei. Alle Interessen der Welt würden sich dann zusammenfinden, falls dieser Zustand gestört würde. Gäbe es eine stärkere und praktischere Bürgschaft gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands, der gemeinsamen Ursache für die französischen und polnischen Besorgnisse? Wenn man die Frage stelle, ob Frankreich eine größere Sicherheit durch den Besitz von Unterseebooten als durch das Bewußtsein habe, daß Deutschland keine Unterseeboote bauen könne, oder ob es etwa schwächer sei, wenn es wisse, daß anderen Ländern keine Linienschiffe zur Verfügung stehen, so gebe es nur eine Antwort. Diese enthülle die ganzen praktischen Vorteile, die man von einem Abkommen erhalte, das die nicht zu haltende und nicht zu verteidigende Ungleichheit beseitigt und bevor es zu spät ist, das Verbot der Wiederbewaffnung auf Grund eines allgemeinen Uebereinkommens der Welt einführt.

„Times" schlägt also vor, Deutschland und anderen Staaten die Wiederbewaffnung ein für allemal zu verbieten, um auf diese Weise Frankreich und seine Verbündeten über ihre Sicherheit zu beruhigen und sie zu einer Abrüstung zu bewegen. Bemerkenswerterweise stellt sie die Waffen zur See in den Vordergrund, so daß der Verdacht besteht, als ob man einen Beitritt Frankreichs zum Londoner Flottenabkommen und zu sonstigen Abrüstungsmaßnahmen zur See mit einem Verbot für Deutschlands Wiederaufrüstung erzielen will.

Das englische Zollgesetz angenommen

London, 11. Febr. **Nachdem im Unterhaus in der vergangenen Nacht die Entschließungen über die Einfuhrzölle angenommen worden waren, wurde das Gesetz über die Einfuhrzölle eingebracht und in erster Lesung erledigt. Der Wortlaut des Gesetzes wird wahrscheinlich am Freitag veröffentlicht.**

Amerika verzichtet auf die Deflation

2500 Millionen Dollar Kreditausweitung

Washington, 11. Febr. **Präsident Hoover hatte am Mittwochmittag im Weißen Haus Besprechungen mit Bankiers, Wirtschaftsführern und Politikern über Erleichterungen für den Geldmarkt. Am Nachmittag nahm der gemeinsame Bankenausschuß des Senats und des Repräsentantenhauses einen Gesetzentwurf über die Verbreiterung der Grundlage der von der Federal Reserve Bank diskontierbaren Obligationen an. Die Abstimmung der beiden Häuser erfolgt am Donnerstag. Die vorgeschlagene Art der Obligationen ist noch nicht bekannt. Sie betragen angeblich 2500 Millionen Dollar (10½ Milliarden RM.) und bezwecken die Streckung der Golddeckung.**

*

Dieser Entschluß des amerikanischen Präsidenten wurde bereits seit einiger Zeit erwartet. Er ist ein Zeichen dafür, daß Amerika sich vor den französischen Goldabzügen nicht mehr fürchtet und jetzt entschlossen ist, die Hand in Hand mit der unfruchtbaren Goldanhäufung gehende Deflationspolitik aufzugeben. Die Weltwirtschaftskrise könnte wesentlich gemildert werden, wenn Amerika sich entschließt, diesen Weg der Kreditausweitung zielbewußt weiterzubeschreiten. Eine Ausweitung der Geldmenge um 2500 Millionen Dollar ist bedeutsam genug, um sich über die amerikanischen Grenzen hinaus fühlbar im belebenden Sinne auszuwirken. Da die meisten Goldwährungen in Wirklichkeit lediglich an das von Amerika und Frankreich künstlich im Preise manipulierte Gold angehängt sind, bestünde für sie nach Durchführung der amerikanischen Kreditausweitung die Möglichkeit, dem Beispiel Amerikas folgend, ohne Gefährdung der Währung ihre Kredite gleichfalls zu verbilligen und zu vermehren. Was Frankreich tun würde, wäre dann ziemlich belanglos geworden. Eine solche planmäßige Ausweitung des Kredits in allen Ländern, unter energischem Vorangehen Amerikas, könnte der mächtigste Impuls für die Wiederbelebung der Weltwirtschaftskonjunktur werden. Falls das amerikanische Parlament den Plan Hoovers, und zwar mindestens in der geplanten Höhe von 2,5 Milliarden Dollar, annimmt, dürfte man darin die erste erfolgversprechende Maßnahme gegen die Weltkrise erblicken. Man wird deshalb mit größtem Interesse der endgültigen Entscheidung in Washington entgegensehen dürfen.

v. Hoesch beim französischen Handelsminister

Paris, 11. Febr. Handelsminister Rollin empfing am Mittwoch den deutschen Botschafter v. Hoesch, mit dem er sich eingehend über deutsch-französische Wirtschaftsfragen unterhielt. Die Unterredung bezog sich in der Hauptsache auf die Neukontingentierung der Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse. Bekanntlich hatte Botschafter v. Hoesch am Dienstag bereits eine Aussprache mit Laval über die gleiche Angelegenheit.

Vertagung der Tributkonferenz auf Juni

Noch keine Einigung zwischen England und Frankreich

Paris, 11. Febr. Der innerpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris", der sich für gewöhnlich als sehr gut unterrichtet erwiesen hat, glaubt die Gerüchte dementieren zu können, nach denen zwischen der englischen und französischen Regierung eine Einigung in der Reparationsfrage erzielt worden sei. Zwischen den beiden Regierungen, so betont er, fänden seit einiger Zeit auf diplomatischem Wege Verhandlungen statt, die sich jedoch nicht nur auf die Reparationsfrage allein, sondern auch auf die englischen Schutzzollmaßnahmen bezögen. Alles, was in bezug auf die Reparationen bisher erreicht worden sei und auch vorläufig erreicht werden könne, sei die Vertagung der Reparationskonferenz auf den Monat Juni. Beide Regierungen hätten sich über diesen Punkt geeinigt, und es werde voraussichtlich schon in den nächsten Tagen eine gemeinsame Note über diese erzielte Verständigung veröffentlicht werden.

Mussolini beim Papst

Rom, 11. Februar. Die Audienz des italienischen Regierungschefs beim Papst dauerte eine Stunde. Die Unterredung unter vier Augen fand in der Privatbibliothek Pius XI. statt. Anschließend machte Mussolini dem Kardinalstaatssekretär Paccelli seinen Besuch. Mussolini zeigte sich über seine Aufnahme sehr befriedigt und erklärte seiner Umgebung, er habe eine wirklich schöne Audienz erlebt.

Der Besuch Mussolinis in der Vatikanstadt, der mit einem offiziellen Gang durch die Peterskirche abschloß, trug den Charakter eines Staatsbesuches. Ihm wurden von der Schweizer Garde und dem päpstlichen Hofstaat Ehrenbezeugungen erwiesen, wie sie sonst nur Staatsoberhäuptern zustehen. Der Gegenbesuch durch Kardinalstaatssekretär Paccelli im Palazzo Venezia ist für die frühen Nachmittagsstunden angesetzt.

SLUB
Wir führen Wissen.